



## Niederschrift 83. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 10.10.2018  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:46 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

### Anwesend sind:

Herr Matthias Finken	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister	Vertretung für Herrn Jann Jakobs, Oberbürgermeister

### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	Teilnahme bis 18:50 Uhr
Herr David Kolesnyk	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Dennis Hohloch	AfD	

### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Babette Reimers	SPD	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis-FDP	

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

#### Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß	SPD	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

#### Schriftführer:

Herr Martin Mehlis, Büro der Stadtverordnetenversammlung

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1           Eröffnung der Sitzung
  
- 2           Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
19.09.2018
  
- 3           Bericht zur Korruptionsprävention 2017  
Vorlage: 18/SVV/0687  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
  
- 4           Letter of Intent "Klimapartner Stadt und Wissenschaft"  
Vorlage: 18/SVV/0689  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
- 5           Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 5.1        Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese  
Vorlage: 18/SVV/0348  
Fraktion DIE aNDERE
  
- 5.2        Elektronische Abbiegeassistenten  
Vorlage: 18/SVV/0454  
Fraktionen SPD, CDU/ANW
  
- 5.3        Keine Abführungen der städtischen Wohnungsgesellschaft an den  
Stadthaushalt  
Vorlage: 18/SVV/0520  
Fraktion DIE aNDERE
  
- 5.4        Kiezbad für den Norden  
Vorlage: 18/SVV/0534  
Fraktion CDU/ANW, SPD
  
- 5.5        Gesamtstädtische Ziele für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0576  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Strategische Steuerung
  
- 5.6        Mieten Rechenzentrum  
Vorlage: 18/SVV/0601  
Fraktion DIE LINKE
  
- 5.7        Ferienwohnungen begrenzen  
Vorlage: 18/SVV/0605  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 5.8           Energiekonzept Krampnitz  
Vorlage: 18/SVV/0603  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.9           Wärmesatzung Krampnitz  
Vorlage: 18/SVV/0608  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.10          Vorhabensbeschluss: Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft in  
Krampnitz zwischen der Energie und Wasser Potsdam GmbH, der Stadtwerke  
Potsdam GmbH und der Deutsche Wohnen  
Vorlage: 18/SVV/0610  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsanlagen
- 5.11          Vorhabensbeschluss: Gründung einer kommunalen quartiersbezogenen  
Gesellschaft zwischen der Stadtwerke Potsdam GmbH und der ProPotsdam  
GmbH  
Vorlage: 18/SVV/0611  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6             Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1           Energiekonzept Krampnitz  
Vorlage: 18/SVV/0607  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6.2           Fortführung des Vertrages über das Sammeln und Transportieren von Abfällen,  
Wertstoffen und Fäkalien und die Durchführung der Straßenreinigung im Gebiet  
der Stadt Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0690  
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit und Fachbereich  
Grün- und Verkehrsflächen
- 6.3           Informationen zum Werkstattverfahren Brauhausberg  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- 6.4           Informationen zu den Sonntagsöffnungszeiten  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 7             Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 8             Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 19.09.2018

- 9 Grundstückstausch Insel Neu Fahrland  
Vorlage: 18/SVV/0578  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service (KIS)
- 10 Verkauf eines Grundstücks in der Zeppelinstraße in Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0579  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service (KIS)
- 11 Verkauf eines Grundstücks in Potsdam, Mangerstraße  
Vorlage: 18/SVV/0580  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service (KIS)
- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Erfüllung der Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam zur Aufnahme und Betreuung von Fund- und Verwahrtieren  
Vorlage: 18/SVV/0691  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 12.2 Regelmäßige Berichterstattung über Angelegenheiten städtischer Unternehmen  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 12.3 Informationen zur Sanierung von Sporthallen am Luftschiffhafen  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 13 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Finken eröffnet, in Vertretung des Oberbürgermeisters, die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.09.2018**

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

#### **Ergänzungen:**

- Unter **7.**, **Sonstiges**, soll das Thema **Informationen zur papierlosen Stadtverordnetenversammlung** behandelt werden.

#### **Zurückstellungen:**

- Der **Tagesordnungspunkt 5.1, Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese**, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 5.7, Ferienwohnungen begrenzen**, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dem Hauptausschuss nicht vorliegt.
- Der **Tagesordnungspunkt 5.8, Energiekonzept Krampnitz**, soll zurückgestellt werden, da die Voten der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlen.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 82. Sitzung des Hauptausschusses vom 19.09.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

#### **zu 3 Bericht zur Korruptionsprävention 2017**

**Vorlage: 18/SVV/0687**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

Frau Rademacher, Beauftragte für Antikorruptionsarbeit, bringt die Mitteilungsvorlage ein und berichtet kurz über ihre Arbeit. Da es keine weiteren Fragen zur Mitteilungsvorlage gibt, wird diese anschließend **zur Kenntnis genommen**.

#### **zu 4 Letter of Intent "Klimapartner Stadt und Wissenschaft"**

**Vorlage: 18/SVV/0689**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Finken eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, der anschließend die Vorlage einbringt. Frau Armbruster betont, dass der Klimaschutz als wichtiges Thema auch in der Vorlage zu den Gesamtstädtischen Zielen stärker berücksichtigt werden müsse. Herr Finken sagt, dass die Diskussion dazu innerhalb des entsprechenden Tagesordnungspunktes geführt werden könne.

Die Vorlage wird im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

#### **Der Hauptausschuss beschließt:**

**Letter of Intent (LoI) zur Partnerschaft der Stadt und Wissenschaft (mit Schwerpunkt der Klimaforschung) - Klimapartner Stadt und Wissenschaft genannt – gemäß Anlage.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 5.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese**  
**Vorlage: 18/SVV/0348**  
Fraktion DIE aNDERE

**zurückgestellt** – Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt

**zu 5.2 Elektronische Abbiegeassistenten**  
**Vorlage: 18/SVV/0454**  
Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Finken bringt den Antrag namens der Fraktionen CDU/ANW und SPD ein und gibt die Voten der beteiligten Fachausschüsse wieder. Da kein Diskussionsbedarf besteht, wird der Antrag anschließend in der Fassung des Werksausschusses Kommunaler Immobilien Service, der sich der Ausschuss für Finanzen angeschlossen hat, zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. als Gesellschaftervertreter in allen Gesellschaften mit mehrheitlich städtischer Beteiligung darauf hinzuwirken, dass alle schweren Lieferfahrzeuge mit elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet werden. ~~Auch Ausschreibungen und Vergaben sollen nur an Bieter erfolgen, die ihre schweren Lieferfahrzeuge mit elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet haben.~~
2. **Zu prüfen ist, ob** im Regelwerk für öffentliche Ausschreibungen ~~vorzusehen~~ **vorgesehen werden kann**, dass Aufträge und Vergaben nur an Bieter erfolgen **können**, die ihre schweren Lieferfahrzeuge mit elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet haben. Das soll auch Ausschreibungen und Vergaben des Eigenbetriebes „Kommunaler Immobilien Service“ umfassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2019 über den erreichten Sachstand zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 2 Stimmenthaltungen.

**zu 5.3 Keine Abführungen der städtischen Wohnungsgesellschaft an den Stadthaushalt**  
**Vorlage: 18/SVV/0520**  
Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak bringt den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE ein und weist auf die neue Fassung des Antrags hin, die den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Herr Heuer sagt, dass die vorliegende neue Fassung ein Versuch sei, die Situation noch zu retten. Inhaltlich mache der Antrag auch in der neuen Fassung wenig Sinn. Er regt an, den Antrag im Zusammenhang mit den nächsten Haushaltsberatungen zu behandeln und ihn bis dahin zurückzustellen. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass der Antrag auf Grund der aktuellen Wohnungsproblematik eine Berechtigung habe und heute auch abgestimmt werden könne. Ähnliche Beschlüsse seien in der Vergangenheit bereits gefasst worden. Frau Hüneke unterstützt die Aussage, dass der Antrag bereits heute beschlossen werden könne.

Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, sagt, dass mit Beschluss des Antrages ein Teil der Refinanzierungsstrategie für den Neubau und die Sanierung von Schulen in Frage gestellt werde. Der Beschluss dazu sei entsprechend gefasst worden. Auch die Mittelfristplanung müsse angepasst werden. Er schlägt deshalb ebenfalls vor, die Diskussion über den Antrag im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen zu führen und bis dahin zurückzustellen.

Herr Tomczak widerspricht und stellt noch einmal die Intention des Antrags sowie die Diskussion dazu im Ausschuss für Finanzen dar. Die Stadtverordnetenversammlung müsse darüber entscheiden, ob die vorgesehenen Abführungen der ProPotsdam an den städtischen Haushalt getätigt werden sollen oder nicht. Herr Heinzl entgegnet, dass nicht jedes Mittel Recht sei, um bezahlbaren Wohnraum zu finanzieren. Kommunale Unternehmen müssten auch einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts leisten. Dem vorliegenden Antrag könne er deshalb nicht zustimmen.

Frau Armbruster sagt, dass ein Beschluss des Antrags auch bedeuten würde, dass die ProPotsdam zukünftig mehr Mittel für klimafreundliche Sanierungen zur Verfügung hätte. Der Antrag lasse Spielräume für Modernisierungsmaßnahmen zu. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sozialer Wohnungsbau notwendig sei. Das Hauptinstrument um diesen umzusetzen, sei die ProPotsdam. Ebenfalls sei regelmäßig ein Überschuss an Steuereinnahmen vorhanden und eine Abführung von Mitteln der ProPotsdam damit nicht zwingend notwendig. Ohne eine Abführung der Mittel, wäre die ProPotsdam noch leistungsfähiger. In den Haushaltsberatungen würde das Thema untergehen.

**Antrag zur Geschäftsordnung**

Herr Heuer beantragt, den Antrag bis zu den nächsten Beratungen zum Haushalt zurückstellen. Herr Tomczak spricht sich gegen die Zurückstellung aus.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>9</b>
Ablehnung:	<b>7</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Im Ergebnis wird der Antrag bis zu den nächsten Haushaltsberatungen **zurückgestellt**.

**zu 5.4 Kiezbad für den Norden**  
**Vorlage: 18/SVV/0534**  
Fraktion CDU/ANW, SPD

Herr Finken bringt den Antrag ein und weist darauf hin, dass die von der Verwaltung gewünschte geänderte Terminstellung bis März 2019 von den antragstellenden Fraktionen bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.09.2018 übernommen wurde. Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, wird der Antrag im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in absehbarer Zeit ein Kiezbad für den stark wachsenden Potsdamer Norden realisiert werden kann.

Das Ergebnis ist bis **März 2019** dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei einer Stimmenthaltung.

**zu 5.5 Gesamtstädtische Ziele für die Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 18/SVV/0576**  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Strategische Steuerung

Herr Finken eröffnet den Tagesordnungspunkt und weist auf die neue Fassung der Anlage „Gesamtstädtische Ziele der Landeshauptstadt Potsdam“ zur Vorlage hin, die den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage ausgereicht wurde. Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, bringt die neue Fassung anschließend ein. Er erläutert, dass diese auf Grundlage der Diskussionen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entstanden sei. In der neuen Fassung seien die geforderten Ergänzungen der Fraktion zum Thema Klimaschutz und Inklusion enthalten. Ein konkreter Aktionsplan zur Umsetzung der Ziele soll in den kommenden Wochen folgen.

Frau Armbruster sagt, dass das Thema Klimaschutz ein eigenständiges Gesamtstädtisches Ziel sein müsse und sich nicht nur in den anderen Zielen als Unterziel wiederfinden dürfe. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Folgen des Klimawandels und die damit verbundene Wichtigkeit des Themas hin. Die Wirkung nach außen sei ebenfalls entscheidend. Weiterhin seien die Ziele auch für die zukünftige Vergabe der Haushaltsmittel wichtig.

Herr Tomczak sagt, dass Klimaschutz ein Querschnittsthema sei. Er fragt, ob die Überarbeitung der Gesamtstädtischen Ziele zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt sei. Frau Hüneke entgegnet, dass das Thema Digitalisierung ebenfalls ein Querschnittsthema und trotzdem als eigenes Ziel



genannt sei. Dieser Punkt sollte extra abgestimmt werden. Herr Finken weist darauf hin, dass in diesem Fall das „gesamte Papier“ zu den Gesamtstädtischen Zielen in der entsprechenden Arbeitsgruppe neu erarbeitet werden müsse. Frau Dr. Klockow betont, dass das Thema Klimaschutz in allen Zielen auftauche und damit ausreichend Berücksichtigung finde.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass der Klimaschutz ein komplexes Thema sei. Die Diskussionen zu den Gesamtstädtischen Zielen seien mit allen Fraktionen geführt worden und das Thema finde sich auch in allen Zielen wieder. Das Papier dürfe auch nicht überfrachtet werden. In der vorliegenden Fassung könne es aus seiner Sicht beschlossen werden. Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, bekräftigt, dass der Klimaschutz als wichtiges Ziel in der neuen Fassung vorhanden sei. Sie enthalte viele Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und sollte so beschlossen werden. Herr Heuer schließt sich dem an und betont, dass die neue Fassung dem Ansinnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr nah komme.

Herr Tomczak schlägt vor, dass sich die entsprechende Arbeitsgruppe noch einmal mit dem Thema befassen und die Ziele überarbeiten solle, da „die Zeit nicht drückt“. Herr Finken entgegnet, dass die Zeit sehr wohl drücke. Die Diskussion um die Ziele könne nicht erneut geführt werden, da zeitnah ein Beschluss gefasst werden müsse.

Im Anschluss an die Diskussion wird zunächst folgender **Ergänzungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung gestellt:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Ergänzung an geeigneter Stelle in die gesamtstädtischen Ziele für die Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmen:*

- *Die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels auf die Umwelt und die globale Ver-schärfung ökologischer Probleme gehören sicherlich zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Potsdam reagiert auf Erkenntnisse aus der Debatte um den Klimawandel und verfolgt eine klimafreundliche Umweltpolitik durch ressourcenschonenden Energieeinsatz und energieeffiziente Wohnungsbaupolitik. Potsdam hat mit der Entwicklung der Gartenstadt Drewitz gezeigt, dass sich im Stadtgebiet klimaneutrales Wohnen entwickeln lässt. Potsdam strebt an, weitere Stadtteile klimaneutral zu entwickeln.*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>14</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Der **zweite Ergänzungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit folgendem Inhalt, habe sich mit der vorliegenden neuen Fassung der Anlage erledigt und wird **nicht zur Abstimmung gestellt**:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Unter dem Punkt: „Wachstum mit hoher Lebensqualität“... zu fördern, ist einzufügen:*

*Auch Menschen mit Beeinträchtigungen sollen uneingeschränkt am Leben in unserer Stadtgesellschaft teilhaben können.*

Abschließend wird die Vorlage, inklusive der neuen Fassung der Anlage „Gesamtstädtische Ziele der Landeshauptstadt Potsdam“, zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Gesamtstädtischen Ziele für die Landeshauptstadt Potsdam gemäß Anlage.

**Neue Fassung vom 10.10.2018.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei einer Stimmenthaltung.

**zu 5.6      Mieten Rechenzentrum**  
**Vorlage: 18/SVV/0601**  
Fraktion DIE LINKE

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet. Herr Finken gibt das Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft wieder, der den Antrag abgelehnt hat. Anschließend stellt Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, im Rahmen einer Präsentation den Sachstand zum Thema Kreativ Quartier dar. Er geht dabei insbesondere auf den geplanten Gesamtprozess, die vorgesehene Machbarkeitsstudie und die Maßnahmen des Sanierungsträgers bis 2020 ein. Im Anschluss geht er auf den vorliegenden Antrag ein und betont, dass ein Erlass der Grundsteuer durch das Finanzamt im vorliegenden Fall nicht möglich sei. Auch die geforderte „Ausbuchung der Kosten“ sei nicht möglich, da sich das Objekt im Treuhandvermögen der Sanierungsmaßnahme Potsdamer Mitte befinde und der Sanierungsträger nicht zum Schaden der Sanierungsmaßnahme handeln dürfe.

Frau Dr. Schröter sagt, dass der Antrag ein Prüfauftrag und nicht nur auf die eben genannten Punkte beschränkt sei. Die erfolgte Mieterhöhung im Rechenzentrum sei nicht geringfügig gewesen, da sich einige Mieter die neue Miete nicht mehr leisten könnten. Sie schlägt deshalb ein „Atelier-Förderprogramm“ vor. Herr Tomczak ergänzt, dass die Fraktion DIE aNDERE einen ähnlichen Antrag formuliert habe. Er unterstütze die Forderungen von Frau Dr. Schröter. Auch andere Lösungen sollten gesucht werden. Er betont, dass es dabei nicht um die Subventionierung der Kreativschaffenden gehe, sondern um den „Ausgleich von Fehlstellungen“. Die Nutzenden haben Mietverträge für 7 Euro je Quadratmeter unterschrieben, nicht für 10 Euro. Die Verwaltung solle deshalb nach Wegen zur Schließung dieser Lücke suchen.

Frau Armbruster betont, dass 95 Prozent der Mieter auch nach der erfolgten Mieterhöhung geblieben sind. Diese hätten ebenfalls gewusst, dass die Betriebskosten bisher nicht berücksichtigt wurden. Die Mieter seien mit der aktuellen Situation einverstanden und es bestehe aus ihrer Sicht kein Handlungsbedarf. Herr Kolesnyk sagt, dass es geltende Verträge gebe, die zu berücksichtigen sind. Die Inanspruchnahme anderer Förderprogramme sei

jedoch möglich. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die längere Nutzung des Rechenzentrums Investitionen notwendig mache, die refinanziert werden müssen.

Im Anschluss an eine kontroverse Diskussion um eine angemessene Miethöhe, setzt Herr Kümmel seine Präsentation fort. Er geht dabei auf die Entwicklung und die Zusammensetzung der Mieten im Rechenzentrum ein. Herr Kümmel betont noch einmal, dass 95 Prozent der Mieter im Haus geblieben seien und die neuen Mieten akzeptiert hätten.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie teuer die Mieten in dem geplanten Neubau werden sollen, wenn im Rechenzentrum schon 10 Euro je Quadratmeter berechnet werden. Der Ausgangspunkt für die Mieten im neuen, geplanten Objekt soll möglichst gering sein.

Im Anschluss an die Ausführungen wird der vorliegende Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und auf welche Weise die drastischen Mieterhöhungen für Mieterinnen und Mieter im Rechenzentrum gesenkt werden können.

Für die künftige Mietenberechnung im Rechenzentrum soll insbesondere geprüft werden:

1. Die Erhebung der Grundsteuer nach § 32 Grundsteuergesetz durch die Stadt,
2. keine Umlage der bei der ProPotsdam aufgelaufenen Betriebsmehrkosten, insbesondere nutzerfremder Kosten, auf die neuen Mieten, sondern deren Ausbuchung,
3. Übernahme der derzeitigen Kostenstelle „Kulturmanagement“ des Betreibers SPI.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im November 2018 vorzulegen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>13</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 5.7 Ferienwohnungen begrenzen**

**Vorlage: 18/SVV/0605**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt** - Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt

**zu 5.8 Energiekonzept Krampnitz**  
**Vorlage: 18/SVV/0603**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt** - Voten der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlen

**zu 5.9 Wärmesatzung Krampnitz**  
**Vorlage: 18/SVV/0608**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Finken führt in den Tagesordnungspunkt ein und gibt die Voten der beteiligten Fachausschüsse wieder. Im Anschluss wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die öffentliche Versorgung mit Wärme in der Landeshauptstadt Potsdam, Wohngebiet Krampnitz (Wärmesatzung Krampnitz)

**Inklusive folgender Änderungen in § 6 Absatz 3 und 4 der Satzung:**

§ 6:

(3) Eine Befreiung **ist zu erteilen kann**, wenn ....

(4) Eine Befreiung ~~kann~~ ist im Übrigen ~~erteilt werden~~ **zu erteilen**, soweit ....

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 2 Stimmenthaltungen.

**zu 5.10 Vorhabensbeschluss: Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft in Krampnitz zwischen der Energie und Wasser Potsdam GmbH, der Stadtwerke Potsdam GmbH und der Deutsche Wohnen**  
**Vorlage: 18/SVV/0610**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsanlagen

*Die Tagesordnungspunkte 5.10 und 6.1 werden zusammen behandelt.*

Herr Weise, Leiter der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen, bringt die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 5.10 ein. Im Anschluss an die Einbringung stellt Herr Altmann, technischer Geschäftsführer der Energie und Wasser Potsdam GmbH, im Rahmen einer Präsentation das Energiekonzept Krampnitz, Tagesordnungspunkt 6.1, vor. Er geht dabei insbesondere auf den Aufbau des Netzes, die vorgesehenen Erzeugungsanlagen und die technische Umsetzung ein. Ziel sei eine CO<sub>2</sub>-neutrale und fossilfreie Energieversorgung für Krampnitz.

Herr Finken bedankt sich bei Herrn Altmann für die Ausführungen und übergibt das Wort an Frau Eltrop, Geschäftsführerin der Energie und Wasser Potsdam GmbH. Frau Eltrop geht im Rahmen einer weiteren Präsentation auf die geplante

Gründung der quartiersbezogenen Gesellschaft in Krampnitz ein. Sie stellt dar, welche Gesellschaften am Prozess beteiligt sind, welche „Assets“ und Dienstleistungen diese einbringen sollen und wo die Vorteile, Chancen und Risiken der gemeinsamen Gesellschaft liegen. Abschließend geht sie auf die wesentlichen Vertragsbedingungen ein.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass heute nicht die Gründung der Gesellschaft, sondern lediglich der Vorhabensbeschluss dazu diskutiert werde. Die tatsächliche Gründung der Gesellschaft bedürfe eines gesonderten Beschlusses.

Im Anschluss wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, die zur Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft in Krampnitz unter Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH, der Stadtwerke Potsdam GmbH und der Deutsche Wohnen erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere die Prüfung des Vorliegens der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzung und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. Das Ergebnis der Prüfung mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen ist der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 5.11 Vorhabensbeschluss: Gründung einer kommunalen quartiersbezogenen Gesellschaft zwischen der Stadtwerke Potsdam GmbH und der ProPotsdam GmbH**

**Vorlage: 18/SVV/0611**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Finken führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Herrn Westphal, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH. Herr Westphal stellt in einer Präsentation die Gründung einer Gesellschaft für die energetische Quartiersentwicklung in Potsdam dar. Die Gründung dieser Gesellschaft sei eine bedeutsame Maßnahme im Masterplan Klimaschutz. Im Rahmen der Präsentation skizziert er die Entwicklung der Wärmenetze, den Weg der Gartenstadt Drewitz zur „Zero-Emission-City“, die Kernelemente der zukünftigen Kooperation, die Entwicklungen an der Heinrich-Mann-Allee sowie die Geschäftsfelder der geplanten quartiersbezogenen Gesellschaft.

Herr Finken bedankt sich bei Herrn Westphal für die Darstellungen. Herr Tomczak fragt, welche Quartiere die geplante Gesellschaft genau bearbeiten soll. Herr Westphal antwortet, dass unter anderem die Heinrich-Mann-Allee, verschiedene Objekte des Kommunalen Immobilien Service sowie weitere, diverse Projekte durch die Gesellschaft abgedeckt werden sollen.

Im Anschluss an die Aussprache wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, die zur Gründung einer quartiersbezogenen Gesellschaft in Potsdam unter Beteiligung der Stadtwerke Potsdam GmbH und der ProPotsdam GmbH zum Zwecke von quartiersbezogenen klimaschutzfreundlichen Investitionen in Energieversorgung und Mobilität auf kommunalen Immobilien im Stadtgebiet von Potsdam erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere die Prüfung des Vorliegens der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzung und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. Das Ergebnis der Prüfung mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen ist der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 6            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1        Energiekonzept Krampnitz**

**Vorlage: 18/SVV/0607**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

*Der Tagesordnungspunkt 6.1 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5.10 behandelt und anschließend **zur Kenntnis genommen**.*

**zu 6.2        Fortführung des Vertrages über das Sammeln und Transportieren von Abfällen, Wertstoffen und Fäkalien und die Durchführung der Straßenreinigung im Gebiet der Stadt Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0690**

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit und Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, bringt die Mitteilungsvorlage ein. Da es keine Nachfragen gibt, wird die Vorlage anschließend **zur Kenntnis genommen**.

**zu 6.3        Informationen zum Werkstattverfahren Brauhausberg**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, berichtet mündlich über das Werkstattverfahren zur Bebauung des Brauhausberges. Er betont, dass der Zeitplan sehr straff sei. Am 20. November 2018 soll die erste Veranstaltung zum Thema stattfinden. Neben Herrn Löffler, Architekt des Siegerentwurfs aus dem städtebaulichen Wettbewerb zum Brauhausberg, soll ebenfalls ein Mitglied des Gestaltungsrates sowie aus der damaligen Jury am Werkstattverfahren teilnehmen. Eine Berichterstattung ist für die Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgesehen, die entsprechende Beschlussvorlage soll im Januar 2019 folgen.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

#### zu 6.4 **Informationen zu den Sonntagsöffnungszeiten**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, berichtet mündlich darüber, dass es keine gesonderte Verordnung für den Postleitzahlbereich 14480, in dem sich auch das Stern-Center befindet, geben werde. Grund dafür sei, dass das Stern-Center keine weiteren Aktivitäten, die eine Sonntagsöffnung rechtfertigen würden, zusagen möchte. Entsprechend werde es für die Stadtverordnetenversammlung im November keine Beschlussvorlage dazu geben.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass er kein Verständnis dafür habe, dass der Potsdamer Süden „abgekoppelt“ werde. Es gebe auch Aktivitäten außerhalb des Stern-Centers, die eine Sonntagsöffnung doch rechtfertigen würden. Frau Müller ergänzt, dass dieser Zustand „unsäglich“ und die Entscheidung aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar sei. Herr Jetschmanegg betont, dass der Gesetzgeber und die Richter die Situation anders beurteilen würden. Es sei ein spezielles Ereignis notwendig, welches die Menschen am Sonntag auf die Straßen „treibe“ und eine Sonntagsöffnung rechtfertigen würde. Ein Weihnachtsmarkt im Stern-Center selbst, stelle kein solches Ereignis dar. Es gebe hier schlicht keinen Ermessensspielraum und auch der Potsdamer Norden sei ausgenommen.

Im Anschluss an die Diskussion wird die Mitteilung **zur Kenntnis genommen**.

#### zu 7 **Sonstiges**

##### **Informationen zur papierlosen Stadtverordnetenversammlung**

Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter des Geschäftsbereichs Zentrale Steuerung und Finanzen, informiert mündlich über den aktuellen Stand zum Projekt papierlose Stadtverordnetenversammlung. Er berichtet, dass die neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung komplett papierlos arbeiten soll. Die technischen Voraussetzungen dafür seien bereits gegeben, auch für die nicht öffentlichen Sitzungsunterlagen. Herr Exner betont, dass die Realisierung der papierlosen Stadtverordnetenversammlung über die dafür vorgesehene App erfolgen soll. Die Testphase dazu laufe gerade. Noch geklärt werden müsse jedoch die Endgerätestruktur. Er sagt, dass hier auch ein „Bring Your Own Device (BYOD)“-Modell denkbar wäre. Auch Nutzungsregelungen für die Hardware müssten noch festgelegt werden. Insgesamt sollten technisch jedoch alle Voraussetzungen stehen und das anvisierte Ziel sei erreichbar. Herr Exner weist zum Abschluss darauf hin, dass auch die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung angepasst werden müsse.

Herr Kolesnyk sagt, dass die Testphase noch nicht funktioniere. Er betont, dass an die Nutzung des Systems hohe technische Anforderungen geknüpft seien. Aktuell sei das System noch nicht vernünftig nutzbar.

Frau Müller berichtet von ihrem Gespräch mit Frau Ziegenbein, Leiterin des Büros der Stadtverordnetenversammlung. Sie sagt, dass die für den 9. Oktober 2018 geplante Rücksprache zum Projekt mit dem IT-Bereich ausgefallen sei. Auch die für Ende September zugesagte „Zwei-Faktoren-Authentifizierung“ sei noch nicht vorhanden. Es müsse ebenfalls bedacht werden, dass für die

Beschaffung der Hardware eine unter Umständen zeitaufwendige Ausschreibung erfolgen müsse. Die Kommunikation zwischen dem IT-Bereich und dem Büro der Stadtverordnetenversammlung sei nicht optimal. Frau Müller schlägt deshalb eine regelmäßige Berichterstattung zum Fortschritt des Projekts im Hauptausschuss vor. Herr Dr. Scharfenberg weist ergänzend darauf hin, dass der Landtag einen Beschluss gefasst habe, Kreistage und kreisfreie Städte im Bereich IT zukünftig besser unterstützen zu wollen.

Herr Exner sagt, dass die „Zwei-Faktoren-Authentifizierung“ nach seinen Informationen bereits vorliege. Weiter sagt er eine freiwillige Berichterstattung zum Projektfortgang für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 14. November 2018 zu. Frau Dr. Müller sagt, dass es keine geregelten Abläufe zur Abstimmung zwischen dem Bereich IT und dem Büro der Stadtverordnetenversammlung gebe. Sie regt abschließend an, in der Arbeitsgruppe Fraktionen/Verwaltung einen Problemkatalog zu erarbeiten, der anschließend an den Bereich IT übergeben werden kann.